

Wie Chinesen mit den staatlichen Kontrollmassnahmen leben

China kündigte kürzlich an, die Zensur werde weiter verschärft. Neben Medien-Websites und Suchmaschinen soll die 30 000-köpfige Internet-Polizei nun auch Weblogs filtern. Viele Chinesen nehmen die Zensur wie das Wetter wahr. Man arrangiert sich mit dem Unabwendbaren.

Das «goldene Schild» heisst die Internet-Zensur in China, die im Ausland als «Great Firewall» bekannt ist. Sie blockiert Internet-Adressen und filtert Inhalte, um, wie einst die Chinesische Mauer, unerwünschte Eindringlinge fernzuhalten. Vorige Woche kündigte ein Regierungssprecher in Peking an, die Zensur werde weiter verschärft, die Mauer mithin aufgestockt. Neben Medien-Websites und Suchmaschinen soll die 30 000-köpfige Internet-Polizei nun auch Blogs filtern. Chat-Räume werden ebenfalls überwacht, oft von Personen, die in den Büros der Internet-Firmen an Bildschirmen sitzen.

Wortverstümmelung als Gegenmittel

Blockiert werden Reizwörter wie Demokratie, 4. Juni, Falun Gong, Dalai Lama, unabhängiges Tibet, Menschenrechte wie auch Porno. Oft wird der ganze Beitrag gestoppt oder sogar die Website. Verstümmelt man Wörter mit Spammer-Tricks wie «Menschen*Rechte», so kommt ein kritischer Kommentar oft durch. Er wird vielleicht später gelöscht. Die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen publizierte eine Liste von Tricks, wie man die Zensur umgeht; derweil rüsten jene Firmen auf, die elektronische Zensur- und Filterprogramme produzieren.

Die chinesischen Portale der Suchgiganten Google und Yahoo filtern ihre Suchresultate freiwillig. Jede Firma, die in einem andern Land Geschäfte mache, müsse sich an die dortigen Gesetze halten, so ihre Begründung. Gleichwohl wurde gerade Google, die Firma, die ein wenig anders sein möchte, im US-Kongress scharf attackiert wie Microsoft und Cisco auch. Yahoo hat der Polizei in China E-Mails überlassen, derentwegen mindestens ein Blogger zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen sitzen 62 Cyber-Dissidenten im Gefängnis.

Tabuthema «plötzliche Ereignisse»

Auch in der gedruckten Presse will China die Zensur verschärfen. Bisher berichteten Lokalzeitungen in den ersten Tagen nach einer Katastrophe oft frei, über einen Chemieunfall zum Beispiel, er stand schliesslich (noch) nicht auf dem Index. Ein nun verabschiedeter Gesetzesentwurf verbietet es den Medien, über ein «plötzliches Ereignis» zu berichten, bevor dies explizit bewilligt worden sei.

Gerade über «plötzliche Ereignisse» erfährt man indes schon heute über andere Kanäle mehr, aus der chinesischen Blogosphäre, vom Internet und per Mobiltelefon. Das zeigte schon die Sars-Krise vor drei Jahren. Sie hat die Angst des Regimes vor inoffiziellen Informationswegen geschürt. Damals versandte an einem Februartag eine Ärztin oder ein Pfleger in der südchinesischen Metropole Guangzhou ein SMS mit der Botschaft: «Es gibt eine tödliche Grippe in Guangzhou.» Damit wollte der Absender wohl nur seine Verwandten warnen. Indes wurde die Nachricht in drei Tagen 120 Millionen Mal weitergeleitet.

Eine zweite Message empfahl zum Schutz Essig und ein traditionelles Medikament; binnen Stunden war in der 7-Millionen-Stadt nirgends mehr Essig aufzutreiben. Wie die 400 Millionen Mobiltelefone Chinas wäre das Internet mit derzeit über 110 Millionen Nutzern ein ideales Instrument, eine Warnung rasch zu verbreiten. Oder: Massenpanik auszulösen. Auch eine Panik, die mehr als nur die Essigvorräte einer Stadt austrocknet. Weniger beachtet als die Internet-Zensur, haben Chinas Mobiltelefonie-Betreiber inzwischen SMS-Filter eingerichtet.

Leichtgläubig und extrem misstrauisch

Die Chinesen haben kaum Erfahrungen mit einer freien Presse. Nach unserer Beobachtung neigen viele dazu, entweder sonderbar leichtgläubig oder extrem misstrauisch zu sein, und oft beides gleichzeitig. Wiewohl sie wissen, dass Peking die Medien kontrolliert und manipuliert, neigen die meisten Chinesen dazu, heimischen Quellen eher zu vertrauen als solchen im

Ausland. Menschen, die Nachrichten mit einer gesunden Skepsis lesen, trifft man wenige. Viele verwechseln die scheinbare Unmittelbarkeit des Internets mit Glaubwürdigkeit. Zudem geben sich jene Leute, die vom Wirtschaftsboom am meisten profitieren, explizit apolitisch. Schliesslich frage die Regierung ihn nicht nach seiner Meinung, also bilde er sich auch keine, sagte uns jüngst ein 35-jähriger Computeringenieur.

Stichproben in Internet-Cafés, Universitäten und Privatwohnungen in China ergeben ein konfuse Bild. Die Websites der «New York Times» und der «Washington Post» sind oft blockiert, doch offenbar nicht immer, ebenso jene der BBC - deren englischsprachiges Radioprogramm wir allerdings regelmässig via Internet gehört haben wie auch das National Public Radio aus den USA und Schweizer Radio DRS. Die NZZ war bisher stets zugänglich, wenn wir es probierten. Die Bilder eines amerikanischen Fotojournalisten, die Armut und Umweltzerstörung in China zeigen, sind dagegen blockiert. Im Vorfeld wichtiger Ereignisse oder Jahrestage, etwa des 4. Juni, werden mehr Websites gesperrt. Die Internet-Enzyklopädie Wikipedia ist permanent blockiert. Vielleicht, weil man dort detaillierte Angaben über Chinas Internet-Zensur findet. Die internationale englischsprachige Google-Site ist zeitweise zugänglich; sie scheint weniger straff zensuriert als die chinesische. Um den 4. Juni war sie völlig gesperrt.

15 Feinde des Internets

Viele der Blockaden kann man umgehen. Dennoch: Wer das Internet als Ort für politischen Dissens oder zur unabhängigen Meinungsbildung nutzen möchte, kommt in China nicht weit - obwohl schon die schiere Masse von derzeit 30 Millionen Bloggern die Zensurbehörden überfordert. Kritischer als die blockierten Beiträge scheint, dass kontroverse E-Mail-Meinungen gespeichert werden, selbst wenn sie in einem Filter hängen blieben. Sie können irgendwann gegen ihren Autor verwendet werden. China steht nicht allein. Reporter ohne Grenzen zählen 15 «Feinde des Internets» auf, darunter Vietnam, Iran, Tunesien, Usbekistan und Syrien. Viele Länder setzen kleinere Beschränkungen durch, gegen Pornographie oder Online-Spiele etwa. Singapur verbot jeglichen Wahlkampf im Internet.

Chinesische Journalisten reagierten alarmiert auf die angekündigte Verschärfung der Zensur. Von den Chinesen, die wir gefragt haben, regt sich indes kaum jemand auf. Sie sehen die Zensur wie schlechtes Wetter, man kann nichts machen, arrangiert sich halt. Wenn es um unautorisierte Meldungen aus der Regierung geht, akzeptieren viele die Zensur sogar. Natürlich sei es Verrat eines Staatsgeheimnisses, wenn ein Politiker seinen Rücktritt plane und jemand dies publik mache, bevor die Regierung es offiziell bekannt gebe, fand eine sonst liberale junge Frau. Die Regierung verliere dabei ihr Gesicht; da sei es verständlich, wenn ein Journalist bestraft werde. Die «New York Times» hatte im September 2004 korrekt den Rücktritt von Ex-Präsident Jiang Zemin aus der Militärkommission vorausgesagt; deswegen wurde ihr chinesischer Mitarbeiter Zhao Yan verhaftet.

Vorrang des Unpolitischen

Jene jungen Chinesen, die wir gefragt haben, nutzen das Internet für Soft-News, sie wissen alles über Brad Pitt, Maggie Cheung oder Manchester United. Sie spielen online, chatten, skype, suchen Freunde, kaufen, verkaufen, planen Reisen, buchen Flüge, Hotels und vergleichen immer wieder Preise. Viele konsumieren Pornographie, obwohl diese angeblich auch zensuriert wird. Nur wenige chinesische Blogs sind explizit politisch, einige klagen über Korruption, Ungerechtigkeiten oder Grossprojekte. Viele Blogger stellen sich als Individualisten dar, oft recht privat. Auch das kann politisch sein. Die Lage kann sich rasch ändern, wenn «es brennt». Da in China nur wenige den politischen Alltag verfolgen, dürfte das Internet, wie Umfragen zeigen, dennoch die wichtigste Informationsquelle junger Leute sein.

Langfristige Wirkung fraglich

Im Vorfeld zur Fussball-WM wurden in einer Zeitung iranische Fussball-Spielerinnen zitiert: «Lieber Fussball mit Scharia als gar kein Fussball.» Das gilt auch für die Internet-Nutzer, vermutlich nicht nur in China. Lieber ein Internet mit Zensur als kein Internet, lieber Google mit

Zensur als kein Google. Die Chinesische Mauer, das grösste Bauwerk der Welt, hat ihren Abwehrzweck nie erfüllt. Viel Aufwand für nichts. Der «Great Firewall» wird es auf die Dauer nicht anders ergehen.

Christoph Neidhart